Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postverlandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 345 | Samstag, den 15. Dezember 1934 | Jahrgang 1934

Der Führer beim Stapellauf des Lloyddampfers „Scharnhorst".

Stürmische Kundgebungen für den Führer und Reichskanzler in Bremen und Bremerhaven.

Erneuerung des deutschen Ostasiendienstes.

:: Bremen, 14. Dezember.

Wie ein Lauffeuer durcheilte am Freitag morgen die überraschende Kunde die Stadt, daß der Führer zum Stapellauf des Ostasien-Schnelldampfers „Scharnhorst" nach Bremen kommen werde. In kurzer Zeit herrschte in den Straßen trotz der frühen Morgenstunden ungewöhnlich bewegtes Leben. Der Bahnhofsplatz war von einer unübersehbaren Menschenmenge überfüllt. Eine Ehrenkompagnie des 1. Hanseatischen Bataillons Infanterie-Regiments 16 rückte ein und nahm auf dem Platz Aufstellung.

Kurz vor 8 Uhr fuhr der Sonderzug des Führers langsam in die Halle ein. Jubel stieg auf, und dann hatte auch schon der Führer mit seiner Begleitung, dem Reichswehrminister v. Blomberg, dem Reichsverkehrsminister Freiherrn Eltz v. Rübenach, dem Reichsbankpräsidenten Schacht, dem Chef der Marineabteilung, Admiral Raeder, dem persönlichen Adjutanten, Obergruppenführer Brückner, dem Chef der Kanzlei des Führers, Reichsleiter Bouhler, dem Adjutanten der Wehrmacht beim Führer, Major Hoßbach, dem Reichspressechef der NSDAP, SS-Gruppenführer Dr. Dietrich, Reichsstatthalter und Gauleiter Roewer, Flugkapitän SS-Oberführer Bauer u. a. den Wagen verlassen.

Der Führer nahm die Meldung von SS-Obergruppenführer Dietrich entgegen und begrüßte dann, herzlich lächelnd, mit Handschlag alle zu seinem Empfang erschienenen Herren, sowie die kleinen Mädel, die ihm mit leuchtenden Augen die ersten Grüße Bremens überbrachten.

Als der Führer den Bahnhof verließ, brauste ungeheurer Jubel über den Platz. Der Führer schritt die Front der Ehrenkompagnie ab und begab sich dann sofort im Kraftwagen zum Werftgelände der Deschimag-Werft.

In schneller Fahrt ging es durch ein wogendes Menschenspalier. Alle Fenster in den inzwischen schon reich beflaggten Anfahrtsstraßen waren mit Menschen dicht besetzt, die den Führer begeistert begrüßten.

Weithin sichtbar ragte der schwarze mit Tannengirlanden geschmückte Schiffsrumpf der „Scharnhorst" auf. Kopf an Kopf verharrte in großem Umkreis um den Taufplatz die Menschenmenge. Beim Eintreffen des Führers stieg auf dem Verwaltungsgebäude die Standarte des Führers hoch. Unter nicht endenwollenden Heilrufen betrat der Führer mit seinem Gefolge das Balkengerüst der Taufkanzel, die sich, eingehüllt in Fahnentuch und Tannengrün, hart am Vordersteven des rund 180 Meter langen Schiffsrumpfes erhob. Immer wieder jubeln die Massen, als der Führer grüßend die Hand erhebt.

Der Taufakt begann mit einer Ansprache des Vorsitzenden des Vorstandes des Norddeutschen-Lloyds, Dr. Fierle, die mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Siegheil auf den Führer endete. Dann nahm Reichsverkehrsminister

Freiherr Eltz v. Rübenach

das Wort zur Taufrede.

Trotz aller Nöte der Zeit, so führte der Minister u. a. aus, rege sich in der Welt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Es regten sich die Kräfte, die den Kampf aufnehmen wollen gegen den wirtschaftlichen Niederbruch, den die Reichsregierung unter zielbewußter und starker Leitung des Führers und Reichskanzlers ausfechte. Unbeirrbar und des endgültigen Sieges sicher, verfolge sie das Ziel, die Massen emporzuführen zu besserer Lebenslage.

Hierbei könne die Verbindung mit der Welt nicht entbehrt werden. Den Ausbau der Handelsflotte nach Kräften zu fördern, sei der Wille der Reichsregierung. Sie denke nicht daran, autarkischen Bestrebungen nachzugehen und sei nicht gewillt, im friedlichen Wettbewerb mit anderen Nationen zurückzutreten.

Ein großer Tag für die Seeschiffahrt und damit auch für das ganze Volk sei es, wenn als erstes von drei Einheiten ein Schiff vom Stapel gelassen werde, das in seiner Zweckmäßigkeit und Schönheit Zeugnis geben solle von deutscher Qualitätsarbeit. Zum ehrenden Gedächtnis jenes Sohnes der niedersächsischen Heimat, der in Zeiten des tiefsten Niederganges unbeirrbar für eine bessere Zukunft seines Vaterlandes strebte und kämpfte, soll das neue Schiff „Scharnhorst" heißen. Der Minister erinnerte weiter daran, daß schon einmal ein Schiff des Norddeutschen Lloyds den Namen Scharnhorst in die ostasiatischen Gewässer geführt habe, Künder einer Verbindung mit den zukunftsreichen Ländern des Fernen Ostens.

Träger eines Namens solle das neue Schiff schließlich sein, mit dem das Gedenken an heroische Liebe zum Vaterland, an letzte Opferbereitschaft für Deutschland unlöslich verknüpft sei.

Jahre hindurch vor dem Kriege habe ein Schiff dieses Namens als Flaggschiff des letzten deutschen Kreuzergeschwaders die deutsche Flagge in den ostasiatischen Gewässern in Ehren geführt. Als der Panzerkreuzer „Scharnhorst", bis zum letzten Augenblick feuernd, mit wehender Flagge in die Tiefe gesunken sei, da sei eine Heldenfahrt vorbei gewesen.

Der Minister schloß: Möge seine Besatzung alle Zeit eingedenk sein der Verpflichtung, die sie mit deinem Namen übernimmt. Möge sie alle Zeit streben, an ihrer Stelle in friedlichem Wettstreit für Deutschlands Zukunft, für seine Seegeltung und seine Flagge ihre ganze Kraft einzusetzen, das Vorbild vor Augen, das ihr die Männer vom Schlachtkreuzer „Scharnhorst" im Leben und Sterben gegeben. — Und so taufe ich dich auf den Namen „Scharnhorst".

Die Flasche zerschellte am Leib des neuen Schiffes. Kommandos tönten auf. Die Taue wurden gekappt, die Bremsklötze zur Seite geschlagen. Langsam zunächst, dann immer schneller, glitt die stolze „Scharnhorst" in das vom Nebel überlagerte Wasser. Noch lange schaute der Führer der „Scharnhorst" nach, deren Umrisse im Nebel verschwammen. Nicht endenwollende Huldigungen brachten die Menschen ihrem Führer dar.

Die Rückfahrt von der Werft zum Bahnhof gestaltete sich ebenso wie die Hinfahrt zu einer Huldigungsfahrt. Trotz des neblig-feuchtkalten Wetters harrten unverdrossen die begeisterten Menschenmassen in den Straßen aus. Heilrufe, Tücherschwenken, andauernder Jubel begleiteten den Führer bis zu seiner Ankunft am Hauptbahnhof. Hier schritt er die Front der HJ. ab. Dann betrat er mit seiner Begleitung die Wartehalle des Lloyd-Bahnhofes, um hier bis zum Abgang des Zuges zu verweilen. Für jeden der Anwesenden fand er das richtige Wort. Er unterhielt sich noch längere Zeit mit dem Regierenden Bürgermeister Heider über handelspolitische Fragen. Er begab sich dann auf den Bahnsteig, um nach Bremerhaven weiterzufahren.

★

Schnelldampfer „Scharnhorst".

Der Schnelldampfer „Scharnhorst" ist etwa 18 000 Tonnen groß. Ein gleich großes Schwesterschiff, das den Namen „Gneisenau" erhalten soll, befindet sich auf derselben Werft im Bau.

Die Dampfer „Scharnhorst" und „Gneisenau", für Rechnung der Hanseatischen Schiffahrts- und Betriebsgesellschaft mbH., Bremen, erbaut, werden im Frühling und Herbst 1935 in den Ostasiendienst des Norddeutschen Lloyd, Bremen, eingestellt, der durch diese Schiffe den Charakter eines ausgesprochenen Schnelldienstes erhält. Die Entfernung von Bremen und Hamburg nach Genua über Rotterdam Southampton, Palma de Mallorca, Barcelona sollen die „Scharnhorst" und „Gneisenau" in neun Tagen und von dort über Port Said, Colombo, Penang, Singapore, Manila, Honkong nach Schanghai in 23 Tagen zurücklegen. Nach Schanghai sollen noch Yokohama und Kobe angelaufen werden. Heimkehrend von dort wird außer den vorgenannten Plätzen auch Belawan (Sumatra) und an Stelle von Genua Marseille berührt. Als moderne Schnelldampfer werden sie in ihrer Ausstattung allen Anforderungen als Tropenschiffe entsprechen. Beide Dampfer sollen die Erste und Touristenklasse führen. Sie werden je 300 Reisende aufnehmen. Die Führung des Dampfers „Scharnhorst" wird Kapitän Walter Stein, der Kapitän der „Koblenz" übernehmen.

Die Dampfer „Scharnhorst" und „Gneisenau" werden Zeugnis ablegen von dem Geist, in dem das nationalsozialistische Deutschland die fremden Völker der Erde und im besonderen die unter ihnen lebenden Volksgenossen grüßt.

(Siehe auch 2. Seite)

Autobus vom Schnellzug zertrümmert.

15 Mitglieder einer Theatergesellschaft tot.

:: Verden a. d. Aller, 14. Dezember.

Am Freitag abend gegen 17 Uhr ereignete sich zwischen Langwedel und Kirchlinteln unweit Verden a. d. Aller ein schweres Autobusunglück, bei dem 13 Personen ums Leben kamen. Ein Autobus mit Anhänger, der eine plattdeutsche Theatergesellschaft aus Stade nach Verden bringen wollte, überfuhr bei nebligem Wetter am Block 61a die geschlossene Eisenbahnschranke.

Im gleichen Augenblick wurde der Autobus von einem Schnellzug erfaßt und zur Seite geschleudert. Der Autobus wurde vollkommen zertrümmert. Von den 20 Insassen waren 14 sofort tot.

Vier wurden schwer verletzt, während drei, die auf der letzten Bank des Autobusses gesessen hatten, mit leichten Verletzungen davonkamen.

Der Zug konnte auf kurze Strecke zum Halten gebracht werden. Die Insassen des Zuges, unter denen sich auch ein Arzt befand, leisteten sofort die erste Hilfe. Nach kurzer Zeit trafen Feuerwehren und Sanitätskolonnen umliegender Ortschaften mit Aerzten ein, gleich darauf ein Hilfszug der Reichsbahn. Der Oberstaatsanwalt aus Verden begab sich ebenfalls unverzüglich an die Unglücksstätte, um die ersten Vernehmungen durchzuführen. Aus den verschiedenen Zeugenaussagen ergibt sich einwandfrei, daß die Schranke bereits fünf Minuten vor Passieren des Zuges ordnungsmäßig geschlossen war. Die geschlossene Schranke wurde von dem Autobus mitten durchbrochen. Die Zugführung und das Blockpersonal trifft keinerlei Schuld. Nachdem alle Toten und Verletzten geborgen waren, konnte der Zug mit großer Verspätung seine Fahrt fortsetzen.

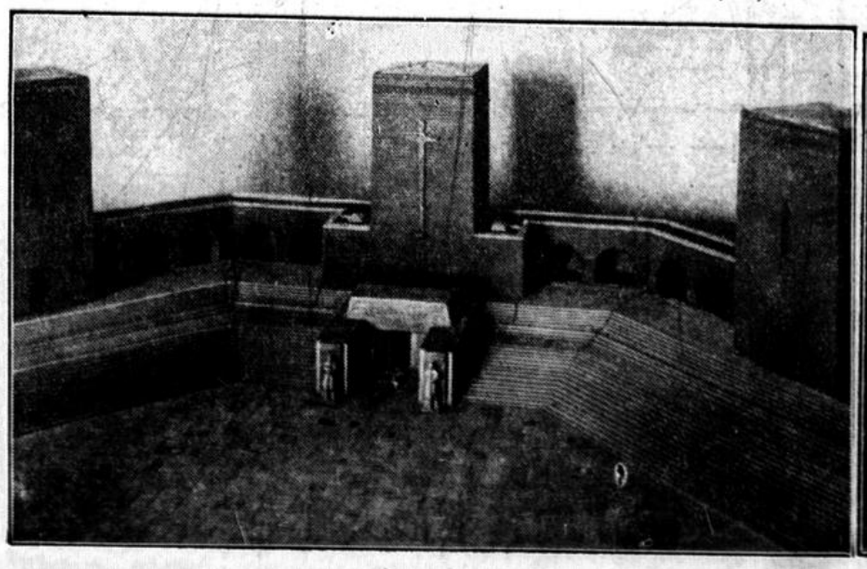
★

Bei den Toten handelt es sich um Kraftwagenführer Fritz Krüger, Friseur Paul Weber, Kanzleibeamter Erich Weber, Lehrer Heinrich Behrmann und Frau, Frau Meta Köster, Schneiderin Maria Dankers, Schneiderin Johanna Reinecke, Frl. Bartholomeus, die Gattin des Staatsanwaltschaftsrats Oeser, Lehrer Scholwin und Frau, Frl. Oops und Musiker Hermann Peschel, sämtlich aus Stade.

Im Krankenhaus starb an den erlittenen Verletzungen die Gattin des gleichfalls tödlich verunglückten Kanzleibeamten Weber. Schwerverletzt liegen im Verdener Krankenhaus Gertrud Kersten und der Musiker Fritz Scheel.

Das Tannenberg-Denkmal in seiner künftigen Gestaltung.

Die Erbauer des Tannenberg-Denkmals, Walter und Johann Krüger, haben vom Führer die Anregung zur Ausgestaltung des Tannenberg-Denkmals erhalten und die Entwürfe fertiggestellt. Unser Bild zeigt links den Blick auf den Hindenburg-Turm, auf dem das Schwergewicht des Ehrenmals liegen wird. Der Zugang zur Gruft wird von Monumental-Soldaten flankiert. Auf dem rechten Bild sieht man in die Gruft, die die Särge mit den sterblichen Resten Hindenburgs und seiner Gemahlin bergen wird.





Die rechtliche Unmöglichkeit des Status quo.

Von

Rechtsanwalt Prof. Dr. Grimm, Essen.

Der Aloisi-Bericht vom 5. Dezember 1934 und das in Rom geschlossene deutsch-französische Abkommen vom 3. Dezember 1934 über die Saarfrage sind nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern in der ganzen Welt mit Befriedigung aufgenommen worden. Mit besonderer Genugtuung wurde in Deutschland die Tatsache vermerkt, daß der Aloisi-Ausschuß in seinem Bericht vom 5. Dezember 1934 den Lockungen der französischen Status-quo-Politiker widerstanden und bei seiner Begriffsbestimmung des Status quo keinerlei Erklärungen über die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung abgegeben hatte.

Die für den Frieden der Welt so vorteilhafte entspannende Wirkung des Aloisi-Berichtes wurde dann aber nachträglich bedauerlicherweise durch die Erklärungen beeinträchtigt, welche Laval, Litwinow und Benesch bei der Annahme des Aloisi-Berichtes in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 6. Dezember 1934 in Genf abgaben — Erklärungen, die übrigens keineswegs als eine Entschließung des Völkerbundsrates zu werten sind. Diese Erklärungen konnten den Eindruck erwecken, als ob die französische Politik sich von den Hintergedanken der Status-quo-Propaganda, wie sie in der Barthou-Denkschrift vom 31. August 1934 noch unverhüllt hervortreten, immer noch nicht ganz freigemacht hätte. Wie sehr dieser Vorgang überdies geeignet war, dem Gedanken des Völkerbundes in Deutschland Abbruch zu tun, ist einem Manne wie Benesch anscheinend gar nicht einmal zum Bewußtsein gekommen. Die hierdurch geschaffene Sachlage erinnert an einen ähnlichen Vorgang nach dem Haager Abkommen vom Januar 1930, als die französische Sanktionspolitik am Rhein endgültig begraben wurde und trotzdem Tardieu aus innerpolitischen Gründen Erklärungen zur Auslegung der sogenannten „Zerreißklausel" abgab, die zum mindesten einen falschen Eindruck erwecken konnte.

Es dürfte daher zweckmäßig sein, die klare Rechtslage, so wie sie sich aus dem Wortlaut des Versailler Vertrages für jeden unbefangenen Juristen einwandfrei ergibt, und wie sie jetzt auch im Aloisi-Bericht ganz objektiv dargestellt ist, nochmals zusammenzufassen.

§ 35 des Saarstatutes besagt, daß, wenn der Völkerbund nach dem Ergebnis der Volksabstimmung für das ganze Saargebiet oder einen Teil des Gebietes die Aufrechterhaltung des Status quo beschließen würde, automatisch eine Veränderung der Rechtslage eintritt, die eine ungeheuere Verschlechterung zum Nachteile Deutschlands bedeuten würde: Deutschland müßte auf seine Souveränität über das Saargebiet verzichten. Der Völkerbund würde Träger der Souveränität. Bisher war es so, daß Deutschland noch die Souveränität über das Saargebiet besaß. Das Saargebiet war Deutschland. Nur die Regierungsgewalt war vorübergehend suspendiert. Der Völkerbund übte nur vorübergehend die Regierungsgewalt als Treuhänder aus.

Mit der Entscheidung für den Status quo würde aus einer vorübergehenden Treuhänderschaft ein endgültiger Zustand der Souveränität des Völkerbundes. Das Saargebiet würde durch diesen Akt von Deutschland getrennt und wäre von diesem Augenblick ab für Deutschland ein fremder Staat, wie Luxemburg, Memel, Danzig, Oesterreich. Das rechtliche Band, das heute noch zwischen dem Saargebiet und Deutschland besteht, wäre endgültig durchschnitten. Wer für den Status quo eintritt, „separiert" daher das Saargebiet von Deutschland, ist also in streng rechtlichem Sinne „Separatist". Der Ausdruck „Aufrechterhaltung des Status quo" ist daher, wie der Aloisi-Bericht mit Recht betont, irreleitend. Der bisherige Zustand „kann gar nicht aufrechterhalten" werden. Der Status-quo-Staat ist ein anderes rechtliches Gebilde, als es das jetzige Saargebiet des Zwischenregimes der 15 Jahre war.

Diese rechtlichen Veränderungen sind im Aloisi-Bericht ganz zutreffend und klar herausgearbeitet worden. Der Aloisi-Bericht zieht auch nur die Folgerung aus dieser richtigen Darstellung, wenn er ausspricht, daß die Saarbewohner, die bis heute deutsche Reichsangehörige waren, bei Einführung des endgültigen Status-quo-Regimes automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren würden. Sie würden „Auslandsdeutsche", die nun unter rechtlich sehr viel schwierigeren Umständen für ihr Volkstum und für die verlorengegangene staatliche Zugehörigkeit kämpfen müßten. Es kann keinen seiner Verantwortung gegenüber Volk und Reich bewußten Deutschen geben, der seine Hand zu einer solchen einschneidenden Verschlechterung der Rechtslage bieten würde.

Diese Verschlechterung der Rechtslage zum Nachteile Deutschlands aber ist gerade das Ziel, das sich die französische traditionelle Saarpolitik für 1935 gesteckt hat. Die „traditionelle", „klassische" oder „historische" französische Saarpolitik, die Maurice Barrès „Frankreichs ewige These"

oder die „fixe Idee der Geschichte Frankreichs" genannt hat, hat längst erkannt, daß das französische Ziel an der Saar, die sogenannte „Politik des kleinen Rhein" nur in Etappen erreicht werden kann. Die Etappe, die Tardieu 1919 in Versailles erreicht hat, war das 15jährige Völkerbundsregime. Französische Schriftsteller schrieben damals: „Tardieu hat die Zukunft vorbehalten, und das ist die Hauptsache". Die nächste Etappe, welche die Leiter dieser Politik in Paris für 1935 erstreben, ist der Status quo. Das ist der Sinn des Satzes, den französische Schriftsteller geprägt haben: „Der Status quo ist heute die französische Lösung." Der Status quo würde die wirtschaftliche Verbindung des Landes mit Frankreich belassen und zu einer dauernden machen. Der wirtschaftlichen Verbindung soll dann, so hofft man, schließlich die politische Angliederung an Frankreich folgen. Die Annexion ist immer noch das letzte Ziel. Das hat das Komitee Duplix, das auch heute noch einer der Träger der traditionellen französischen Saarpropaganda ist, noch kürzlich in einer Denkschrift offen ausgesprochen.

Dem Wunsche der französischen Status-quo-Propaganda, wie er in der Barthou-Note vom 31. August 1934 noch deutlich zum Ausdruck kommt, den Saarbewohnern den Status quo schon vor der Abstimmung schmackhaft zu machen, konnte der Völkerbund aber auch schon deshalb schon nicht nachkommen, weil vor der Volksabstimmung eine Entscheidung des Völkerbundes über die Gestaltung des endgültigen Regimes im einzelnen nicht zulässig ist. Bis zur Volksabstimmung beschränkt sich die Funktion des Völkerbundes darauf, daß er die Volksabstimmung durchzuführen und die späteren Maßnahmen vorzubereiten hat. Erst nach der Volksabstimmung steht ihm die weitere Funktion zu, den künftigen Souveränitätsträger zu ermitteln und falls dies der Völkerbund selbst sein sollte, alsdann die „geeigneten Maßnahmen zu treffen, um das endgültig eingerichtete Regime den dauernden Interessen des Gebietes und den allgemeinen Interessen anzupassen." Würde der Völkerbund solche Maßnahmen jetzt für den Fall des Status quo in Aussicht stellen, dann würde er gegen den Versailler Vertrag und gegen seine Neutralitätspflicht verstoßen. Solche Versprechungen würden daher rechtsungültig sein.

Die Maßnahmen, die der Völkerbund nach der Volksabstimmung, wenn diese zugunsten des Status quo ausfielen, zu treffen hätte, müssen übrigens, wie der Aloisi-Bericht richtig hervorhebt, in dem Rahmen bleiben, „wie sie mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages vereinbar wären und im Einklang mit den Prinzipien ständen, auf Grund deren ihm die Souveränität über das Gebiet übertragen würde und ausgeübt werden müßte". Die Entscheidung über den Souveränitätsträger wäre mit der Einführung des Status-quo-Regimes abgeschlossen und endgültig. Genau so gut, wie der Völkerbund, wenn er Souveränitätsträger geworden wäre, das Abstimmungsergebnis nicht dadurch umgehen dürfte, daß er nachträglich seine Souveränität an Frankreich überträgt, dürfte er zugunsten von Deutschland wieder auf seine Souveränität verzichten. Jedenfalls wäre hier einer Flut von Schikanen und Intrigen Tür und Tor geöffnet, und die Saarländer, die später einmal eine andere Abstimmung herbeiführen wollten, müßten sich sicher sogar dem Einwand ausgesetzt, daß sie zu solchen Anträgen gar nicht berechtigt seien, weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hätten.

Die Aussicht auf eine zweite Abstimmung, welche die Status-quo-Propagandisten den Abstimmungsberechtigten an der Saar vorspiegeln möchten, soll das deutsche Gewissen der Saarbewohner beruhigen. Man will so den Status quo verharmlosen. Als ob der neue Status quo nur ein vorübergehender Zustand wäre, wie es der bisherige Status quo war. Dieser Plan ist in Paris von den Leitern dieser Propaganda erfunden worden. Das sind die Kreise, die man in Frankreich „die Statusquoisten" nennt, oder „Interessenten am Status quo", die auch heute noch von einem französischen Saarland träumen. Man will den Saarbewohnern vormachen, daß die „Heimkehr zu einem anderen Deutschland" auch später noch möglich sei. Glaubt man wirklich, daß solche vagen Versprechungen bei den deutschen Saarbewohnern Vertrauen finden könnten? Die Saarbewohner wissen doch, daß dieselben Kreise 1930 die Rückkehr des Saarlandes zu einem Deutschland von Stresemann, Braun und Severing, wie französische Schriftsteller schreiben, „meisterhaft torpediert" haben. Und doch will diese Propaganda uns glauben machen, daß die spätere Abstimmung und Heimkehr zu Deutschland bei völlig zum Nachteil von Deutschland geänderter Rechtslage möglich sei! Als ob es nicht Mittel genug gäbe, alle derartigen Bestrebungen in der Zukunft noch viel leichter „zu torpedieren" wie 1930! Im künftigen Völkerbundsrat brauchte nicht einmal Frankreich zu widersprechen, es würden sich sicher Freunde nach dem Vorbilde von Litwinow oder Benesch finden, die im Völkerbundsrat einen Antrag zur Wiederangliederung des Saargebietes an Deutschland, sofern diese dann überhaupt möglich wäre, verhindern würden.

Auf dem Wege der traditionellen Saarpolitik Frankreichs, die mit zäher Konsequenz die Annexion erstrebt und die man in Frankreich die Politik „création continue" die „fortgesetzte Schöpfung" genannt hat, gibt es nur ein „Vorwärts", kein „Zurück". Die Deutschen an der Saar sehen heute klar. Sie sind vor die letzte verantwortliche Entscheidung gestellt.

Das Ergebnis des „Tages der nationalen Solidarität".

Berlin, 14. Dezember.

Das Ergebnis des „Tages der nationalen Solidarität" liegt nunmehr abgeschlossen vor. Von überall her sind im Laufe dieser Woche noch Spenden eingegangen, sodaß sich das endgültige Ergebnis auf 3 874 834,16 RM. stellt. Dies ist ein Erfolg, der seinesgleichen sucht. Mit Stolz und Freude kann das deutsche Volk auf diese Leistung blicken. Opfergeist und Solidaritätsgefühl haben eine Schlacht gewinnen helfen. Die Kameradschaft des ganzen deutschen Volkes ist durch die Takt erhärtet worden. Tausende führender Persönlichkeiten hatten sich an diesem Tage in den Dienst der großen Sache als Sammler gestellt. Hunderttausende von unbekannten Helfern arbeiteten Tag für Tag ehrenamtlich im Dienste des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes. Ueber den Erfolg der Sammlung führender Persönlichkeiten vergesse daher niemand die Leistungen dieser unbekannten Helfer, die still und treu ihre freiwillig übernommene Pflicht erfüllen. Ohne ihre Arbeit, ohne ihren Idealismus wäre das Winterhilfswerk des deutschen Volkes überhaupt nicht durchzuführen. Gerade ihnen gebührt daher auch zu dieser Stunde, da das endgültige Ergebnis des „Tages der nationalen Solidarität" bekanntgegeben wird, unser Dank.

Schiffahrt tut not.

Die Notlage, ein Valutaproblem.

DNB **Bremen**, 14. Dezember.

Vor dem Stapellauf des neuen Schnelldampfers „Scharnhorst" veranstaltete der Norddeutsche Lloyd am Mittwochabend im alten Patriziersaal des Essighauses zu Bremen einen Presseempfang. In seiner Begrüßungsansprache führte Direktor Schramm vom Norddeutschen Lloyd u. a. aus:

Die deutsche Schiffahrt ist von den Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Notlage in einem Ausmaße betroffen worden, wie kaum ein anderer Erwerbszweig in Deutschland. Der Stapellauf des Dampfers „Scharnhorst" bildet den Auftakt zu neuem Leben in der deutschen Linienschiffahrt. Seit dem Stapellauf der Schnelldampfer „Bremen" und „Europa", also seit mehr als sechs Jahren, ist kein Schiff in der Größe des Dampfers „Scharnhorst" von deutscher Helling abgelaufen. Es ist das große Verdienst der nationalsozialistischen Regierung, die sofort nach der Machtergreifung auch der Belebung der Schiffahrt weitgehende Aufmerksamkeit schenkte. Wir sind erfüllt von Ehrfurcht und Dankbarkeit für unseren Führer Adolf Hitler, der den Weg für diese Entwicklung gebahnt hat.

Wir müssen auf dem Wege, den uns der Führer gewiesen hat, weiter fortschreiten. Entscheidend ist heute nur die Qualität. Unsere Schiffsbesatzungen werden von keiner seefahrenden Nation übertroffen. Zur Reorganisation der deutschen Großschiffahrt betonte Direktor Schramm, daß letzten Endes die Notlage der deutschen Schiffahrt ein Valutaproblem ist. Es gibt nur eine wirklich wirkungsvolle Reorganisation, und die lautet: Ruhe in unseren Betrieben und keine weiteren Experimente. Nur mit schnellen und ökonomischen Schiffen vermögen wir erfolgreich zu fahren. Subvention ist der Fluch für die Schiffahrt und bedeutet: noch niedrigere Frachten und noch größere Verluste; ferner unrentable Linien und kostspielige Prestigefahrten.

Die deutsche Schiffahrt lehnt daher jeden Subventionsgedanken ab. Er paßt auch nicht in die nationalsozialistische Denkweise. Die Schiffahrt kann nur gesunden in internationaler Zusammenarbeit. Deutschland muß eine große Seeschiffahrt haben. Deutschlands Industrie und Handel kann nicht verzichten auf die regelmäßigen Linien nach allen Weltteilen und kann auch unsere Abmachungen mit ausländischen Reedereien nicht entbehren, da die dadurch geschaffene Regelmäßigkeit der Abfahrten und die Stabilität der Frachten eine unerläßliche Vorbedingung ist für den Konkurrenzkampf, den unsere Industrie und unser Handel in überseeischen Ländern zu bestehen haben.

Der Führer auf der „Europa" und „Admiral Scheer".

DNB **Bremerhaven**, 14. Dezember.

Marschierende und singende Kolonnen sind die ersten Zeichen des großen Tages des Führerbesuches für die bremische Tochterstadt. Das Ziel des Bremerhavener Besuches des Führers, der Schnelldampfer „Europa", hat über die Toppen geflaggt. Blitzsauber liegt der silbergraue Bahnhof am Meer. Während noch überall letzte Hand angelegt wird, stauen sich hinter den Sperrketten der SS schon Stunden vor dem voraussichtlichen Eintreffen des Sonderzuges aus Bremen die Scharen. Um 11,20 Uhr läuft der Sonderzug in den Columbusbahnhof ein. Jungvolk mit schmetternden Fanfaren und Landsknechttrommeln bringt dem Führer die ersten Grüße. Am Fallreep wurde Adolf Hitler vom Kapitän der „Europa", Scharf, begrüßt und auf das Schiff geleitet. Der Führer besichtigte dann mit seiner Begleitung eingehend die „Europa" mit ihrer geschmackvollen Einrichtung. Bei dem Rundgang unterhielt er sich häufig mit Mitgliedern der Besatzung, die er nach ihren Verhältnissen befragte. Dann begab sich der Führer hinauf zur Brücke. Zunächst wurde ihm dort ein Rettungsbootmanöver vorgeführt. Dabei entdeckte die immer noch auf der Columbus-Kaje ausharrende Menge den Reichskanzler und feierte ihn mit stürmischen Hoch- und Heilrufen. Es erschollen immer wieder Sprechchöre. Als sich der Adjutant zeigte, war sofort wieder die dichtende Volksseele am Werk. Man hörte witzige Sprechchöre wie: „Lieber Adjutant, bring den Führer doch ans Land!" Andere riefen: „Lieber Führer, fahr nicht weg, komm zuerst ans Sonnendeck!" usw. Die Besichtigung dauerte eineinhalb Stunden.

Nach der Besichtigung der „Europa" stattete der Führer dem Panzerschiff „Admiral Scheer" einen Besuch ab. Um 15 Uhr verließ er unter den Klängen des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes und unter dem Donner der 21 Salutschüsse das immer noch in dichtem Nebel weit draußen auf Reede liegende Panzerschiff. Während er mit der Barkasse des Panzerschiffes zum Dampfer „Europa" zurückkehrte, grüßten die vorüberfahrenden Dampfer und Barkassen durch Dippen ihrer Heckflaggen. Unbeschreiblicher Jubel erhob sich bei der auf der Columbus-Kaje harrenden Bevölkerung, als der Führer erschien. Die Bordkapelle des Dampfers „Europa" spielte den Badenweiler Marsch, während der Führer das Land wieder betrat. Das Heilrufen der Bevölkerung und die Klänge der Musikkapelle wurden übertönt durch den tiefen Baß der Dampfsirenen des Schnelldampfers, der dem Führer damit den Abschiedsgruß entbot. Um 15,30 Uhr verließ der Sonderzug den Columbus-Bahnhof.

„Frühjahrs-Friedensoffensive Deutschlands".

Was Bartlett erwartet.

£ **London**, 14. Dezember.

In einem Aufsatz im „News Chronicle" äußert sich der aus Berlin zurückgekehrte diplomatische Mitarbeiter des Blattes, Vernon Bartlett, über die von ihm erwartete „Friedensoffensive Deutschlands" und sagt u. a.: Hitler wünsche den Frieden, weil er genug vom letzten Krieg gesehen habe. Dr. Schacht wünsche Frieden, weil Krieg jeden finanziellen Fortschritt zerstöre. Die Reichswehr wünsche Frieden, weil sie für den Krieg nicht fertig sei. Infolgedessen werde Deutschland im nächsten Frühjahr eine große Friedensoffensive unternehmen. Das Bewußtsein, daß die regierenden Männer in Frankreich jetzt vormalige Soldaten seien, habe eine erstaunlich gute Wirkung in Deutschland gehabt und es werde wohl, so glaubt Bartlett, nicht lange dauern, bis ein hervorragender nationalsozialistischer Vertreter Paris besuche, um die Dinge mit der rückhaltlosen Ehrlichkeit zu besprechen, die alle Unterscheidungsmerkmale zwischen Soldat und Politiker aufweise.

Viele Anzeichen deuteten darauf hin, daß Laval sich nicht mit der negativen Politik zufrieden gebe, zu sagen, daß Deutschland nicht aufrüsten dürfe, während es ihm doch bekannt sei, daß es aufrüste. Selbst wenn die jetzige französische Regierung von eifersüchtigen Politikern oder der Wirtschaftskrise zu Fall gebracht werden sollte, sei eine Rückkehr Frankreichs zu einer Außenpolitik nach der Art Poincarés und Barthous unwahrscheinlich. Es liege kein Grund vor, der eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen im nächsten Frühjahr verhindere. Allerdings gebe es eine Schwierigkeit, die Deutschen wollten ein Abrüstungsabkommen vor ihrer Rückkehr zum Völkerbund und die Franzosen wollten die Rückkehr vor dem Abkommen. Die Meinungsverschiedenheit sei ernster, als sie erscheine, aber bei beiderseitigem guten Willen sollte sie zu überwinden sein, und dieser gute Wille scheine jetzt endlich vorhanden zu sein.

Der Prozeß gegen die Memeldeutschen eröffnet.

Das Parlament als Gerichtssaal.

DNB **Kowno**, 14. Dez.

Der Prozeß gegen die 126 Memelländer hat außergewöhnliches Interesse in ganz Europa gefunden. Das sieht man an den zahlreichen Diplomaten und Pressevertretern, die an den Verhandlungen teilnehmen. Kowno erhält durch den Prozeß ein besonderes Gepräge. Lange vor Beginn herrschte um das Gerichtsgebäude lebhafter Verkehr. Der große Seimas-Saal, also das litauische Parlament, dient als Verhandlungsraum. Das Gericht besteht durchweg aus Offizieren. Unter den Angeklagten sieht man inmitten seiner Anhänger den Hauptangeklagten Neumann, und gegen 9 Uhr betritt Saß, der zweite Hauptangeklagte, mit seinen Anhängern den Saal, die bekanntlich bis auf einige wenige auf freiem Fuß waren, während über 80 Angeklagte, meist Neumann-Anhänger, aus der Untersuchungshaft vorgeführt werden. Unter den Angeklagten erblickt man in großer Mehrzahl jugendliche Gesichter. Auf den Gängen, zwischen den Bänken, an den Wänden, den Türen und vor dem Richtertisch stehen Militärposten mit aufgepflanztem Bajonett. Auf der Pressetribüne herrscht großer Betrieb. Auf vier Bänken haben 17 Sachverständige Platz genommen. Ungeheure Kisten mit Beweismaterial nehmen ebenfalls einen erheblichen Teil des Verhandlungsraumes ein.

Punkt 10 Uhr betrat das Gericht den Saal. Den Vorsitz führt Oberst Leonas. Der Vorsitzende fragte zunächst in litauischer Sprache, wer von den Angeklagten die litauische Sprache nicht verstehe. Hierauf erhob sich der größte Teil der Angeklagten. Es stehen drei Dolmetscher zur Verfügung. Die Verhandlung wurde durchweg in litauischer Sprache geführt. Wie die Verteidiger mitteilten, sind zwei Angeklagte erkrankt. Professor Stankevicius beantragte die Vertagung des Prozesses um zwei bis drei Tage, da sein Mandant Lapins schwer an Angina erkrankt sei. Für den Angeklagten Hilgendorf wurde beantragt, ihn zeitweilig zur Anlegung von Verbänden von der Verhandlung zu befreien. Das Gericht lehnte Vertagung ab. Es gab Hilgendorf die Möglichkeit zu ärztlicher Behandlung. Als der Vorsitzende erklärte, daß ein Untersuchungsrichter als weiterer Zeuge der Staatsanwaltschaft nachgeladen werden sollte, gab es einen neuen Zusammenstoß mit den Verteidigern. Dennoch beschloß der Vorsitzende die Ladung des Zeugen. Es erfolgte dann die Vernehmung der Angeklagten zur Person, die viele Stunden dauerte. So gab es für Stunden kaum ein belebendes Moment. Nur einmal konnte man eine Bewegung und ironisches Lächeln bei den Angeklagten feststellen, als der „Kronzeuge" Molinnus, der unter den Angeklagten seinen Platz hatte, vernommen wurde. Molinnus beantwortete die Fragen des Vorsitzenden als einer der wenigen Memelländer in litauischer Sprache.

Wie vorgesehen, wurde die Sitzung um 16 Uhr geschlossen, nachdem 101 Angeklagte zur Person vernommen worden waren. Die Weiterverhandlung wurde auf Sonnabend 9 Uhr festgesetzt.

Hauptquartier in Saarbrücken.

Konferenz der Quartiermacher mit Knox.

:: **Saarbrücken**, 14. Dezember.

Außer den bereits gemeldeten englischen Offizieren sind inzwischen auch der holländische General van der Hoorst und der schwedische Oberst Eric Edholm im Saargebiet eingetroffen. Der schwedische Offizier wird jedoch nur vorübergehend im Saargebiet Aufenthalt nehmen, um die Vorbereitungen für die Ankunft der schwedischen Truppen zu treffen, und sodann in seine Heimat zurückzukehren. Der Kommandant der italienischen Polizeitruppen, Brigadegeneral Visconte Prasca, ist mit seinem Adjutanten, Major Mauri, ebenfalls in Saarbrücken eingetroffen. Er hat beim Präsidenten der Regierungskommission Wohnung genommen.

Heute vormittag fand beim Präsidenten Knox im Beisein des Chefs der saarländischen Polizei, Hemsley, eine Konferenz der bisher eingetroffenen Offiziere statt, in der über die Verteilung und Unterbringung der Truppen beraten wurde. Das Hauptquartier der Truppen ist in Saarbrücken aufgeschlagen. Es wird sich neben Italienern, Holländern und Schweden aus 27 englischen Offizieren zusammensetzen. Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß ein englisches Truppenkontingent in einer leerstehenden Fabrik in Wallerfangen, hart an der Grenze des Saargaues, untergebracht wird. Aus England befinden sich 1500 Mann im Anmarsch; zu ihrer Beköstigung sind 8000 Zentner Lebensmittel im Anrollen, die mit der Bahn nach dem Saargebiet gebracht werden. Zum Einrichten der Kantinen für die Truppen sind die Hauptleute Althorf, Pearce und Wallace vom Londoner Armee-, Luft- und Marineinstitut eingetroffen.

Der österreichische Ministerbesuch in Budapest.

DNB **Budapest**, 14. Dezember.

Ministerpräsident Gömbös und Außenminister Kanya hatten in den heutigen Vormittagsstunden eine längere vertrauliche Unterredung mit dem Bundeskanzler Schuschnigg und dem österreichischen Außenminister Berger-Waldenegg. Anschließend empfing der Reichsverweser Horthy einzeln den österreichischen Bundeskanzler und den österreichischen Außenminister, worauf der Reichsverweser für die österreichischen Gäste ein Frühstück gab.

Die Regierungsblätter, die den österreichischen Gästen warme Begrüßungsworte widmen, unterstreichen, daß der gegenwärtige österreichisch-ungarische Gedankenaustausch zum Teil der weiteren Ausgestaltung der wirtschaftlichen Vereinbarung der römischen Protokolle gewidmet sei, und daß darüber hinaus die neue europäische Lage und die sich für die beiden Länder daraus ergebenden neuen Gesichtspunkte eingehend erörtert würden. Die Regierungsblätter bringen übereinstimmend Andeutungen, daß die Frage der Zusammenarbeit der Donauländer und des Aufbaues im Donautal gegenwärtig stark in Fluß geraten sei und daß sich hierin neue Bestrebungen abzeichneten.

Die französische Getreidevorlage angenommen.

(!) **Paris**, 14. Dez.

Die französische Kammer hat am Donnerstag nachmittag die Regierungsvorlage für die Wiedergesundung des Getreidemarktes mit 387 gegen 175 Stimmen angenommen, nachdem der Minister die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Die wichtigste Aufgabe des Weizengesetzes ist die Entlastung des Marktes von den Ueberschüssen, die sich infolge der guten Ernte in den letzten Jahren bis zur Höhe von etwa 2 Millionen Tonnen angesammelt hatten. Die bisherige Gesetzgebung hatte einen Mindestpreis festgesetzt, der zuletzt 100 Franken für den Doppelzentner betrug.

Der Vorschlag Flandins sah zunächst eine Herabsetzung des Mindestpreises von 100 auf 97 Franken vor, zu dem die überschüssigen Vorräte bis zum 1. Juli 1935 von einer Ankaufsstelle übernommen werden sollten. In dem jetzt angenommenen Gesetz ist der Mindestpreis auf den Durchschnittspreis festgesetzt worden, der an der Pariser Produktenbörse im Laufe der ersten sechs Monate des nächsten Jahres erzielt wird. Am 1. Juli soll die Marktfreiheit wieder hergestellt sein.

Der für die Allgemeinheit deutlichste und fühlbarste Erfolg der neuen Reglung soll eine Senkung des Brotpreises um etwa 10 v. H. sein, die Flandin der französischen Bevölkerung als Weihnachtsgeschenk bringt.

Riesen-Finanzskandal um einen Häuserspekulanten.

200 Millionen Franken Schaden.

(!) **Paris**, 14. Dezember.

Ein neuer Riesen-Finanzskandal, durch den 200 Millionen Franken Schaden entstanden ist, beschäftigt wieder einmal die französische Oeffentlichkeit. In der Nähe von Grasse an der Riviera ist in einem kleinen Ort ein Däne namens Jean Möller verhaftet worden, ein Häuserspekulant großen Stils. Der neue Skandal hat eine ganze Reihe von Bauunternehmen, Banken usw. schwer geschädigt. Am schwersten getroffen wurde aber die südfranzösische Stadt Grasse, die dem Schwindler kostenlos ein Baugelände von über 300 Hektar zur Verfügung stellte, auf dem ein riesiges Schloß stand. Das Schloß, das die Familie Rothschild der Stadt zum Geschenk gemacht hatte, hat vor dem Kriege einen Wert von 24 Millionen gehabt. Dieser Grundbesitz sollte für den Anbau von Siedlungshäusern dienen. Möller beeilte sich aber, darauf Hypotheken in Höhe von mehreren Millionen Franken aufzunehmen. Ein Pariser Versicherungsunternehmen belieh ihm ein in Bau befindliches Haus, dessen Architekt noch keinen Pfennig erhalten hatte, mit 5½ Millionen Franken. Ueberall in Frankreich errichtete Möller schwindelhafte Baugesellschaften, die nur dazu dienten, Kredite aufzunehmen. Möller wird schon in den nächsten Tagen nach Paris überführt werden, da der Schwerpunkt der Untersuchung in der französischen Hauptstadt liegen wird.

Im Gerichtssaal verhaftet.

Ein Rechtsanwalt als Erpresser.

Berlin, 14. Dezember.

In dem zurzeit vor der 6. Hilfsstrafkammer des Berliner Landgerichts schwebenden zweiten Rundfunkprozeß — dem sogenannten Fall Knöpfke — der von dem sogenannten „großen Rundfunkprozeß" abgeteilt ist, gab es am Donnerstag eine Ueberraschung. Der Staatsanwalt ließ den als Zeugen aufgetretenen Steuersyndikus und früheren Rechtsberater des Angeklagten Jennewein, Dr. jur. Max Schortmann, im Gerichtssaal verhaften. Der Zeuge habe, so führte der Staatsanwalt aus, gegenüber seinem früheren Mandanten Jennewein bei der Verfolgung seiner dunklen Ziele recht harte Worte gebraucht, so daß es jetzt gerechtfertigt erscheine, nicht minder hart auch mit ihm ins Gericht zu gehen. Man könne ihn nur als Erpresser und Betrüger bezeichnen. Er sei dringend der Beteiligung an dem von Jennewein gegenüber der Firma Klett begangenen Betrug verdächtig. Später sei er von Jennewein merklich abgerückt und habe sich sogar zum Parteiverrat hinreißen lassen. Es sei eine neue Annäherung an Jennewein erfolgt, dem er sogar das vertrauliche Du angeboten habe. Offenbar sei er aber von dem Mandanten nicht in gewünschter Höhe für seine Dienste bezahlt worden, weshalb er in der Folge dazu übergegangen sei, sich die erwarteten Gelder unter Bruch des Berufsgeheimnisses auf dem Wege der Erpressung zu verschaffen. Unter dem Druck von Drohungen habe er auch Zahlungen erhalten. Ferner habe er die Anzeige bei dem Arbeitgeber bezw. die Aufrollung der Fälle in Oeffentlichkeit und Presse in Aussicht gestellt.

Die „blonde Maja" haftentlassen.

DNB **Kopenhagen**, 14. Dez.

Die unter dem Namen „blonde Maja" bekannte dänische Tänzerin Maja Christensen, in der man die blonde Unbekannte vermutete, die kurz vor dem Königsmord von Marseille mit den Verschwörern zusammen gewesen sein soll und die daraufhin von der Mailänder Polizei verhaftet wurde, ist nunmehr nach dreiwöchiger Haft wieder in Freiheit gesetzt worden. Ihre Entlassung erfolgte, nachdem die französische Polizei die Beschuldigung gegen sie zurückgenommen hatte.

Aus Westdeutschland.

Der Verfasser des ältesten deutschen Katechismus.

Der Franziskaner Dietrich Koelde wurde vor 500 Jahren in Münster geboren.

‡ **Münster,** 14. Dezember.

Ins Jahr 1935 fällt das 500jährige Jubiläum der Geburt Dietrich Koeldes, der zu den Leuchten der Kirche des 15. Jahrhunderts gehörte. Dietrich Koelde war ein Sohn der Stadt Münster, und er selbst nannte sich stets Dietrich von Münster. Ein Mitglied des Franziskanerordens, entfaltete er eine rege apostolische Tätigkeit am Rhein und in den Niederlanden. Während der Pest in Brüssel brachte er größte persönliche Opfer, um den Kranken beizustehen. Er ist der Verfasser des ältesten deutschen Katechismus, des Christenspiegels, der starke Verbreitung fand. Dietrich ist im Alter von 80 Jahren, am 11. Dezember 1515 zu Löwen gestorben. Seine Gebeine ruhen in einem kostbaren Schrein in St. Trujen. Eine ansehnliche Reliquie befindet sich in der Franziskandkirche in Münster.

Zeitgenossen und Nachwelt haben, so teilt Pfarrer i. R. Msgr. Schütte mit, Dietrich als Heiligen verehrt. Seit 1875 sind Bestrebungen im Gange, Dietrichs Seligsprechung oder die Anerkennung seiner Verehrung zu erreichen. Die Münsterische Bistumssynode von 1924 hat diese Bestrebungen durch einen entsprechenden Beschluß unterstützt.

Wechsel in der Leitung der Westfalenhalle.

◇ **Dortmund,** 15. Dezember.

Der Leiter der Westfalenhalle, A.-G., Dortmund, Generaldirektor Ohrtmann, scheidet in Verfolg seiner Berufung zum Vorstand der Deutschlandhalle, A.-G., Berlin, mit Wirkung vom 1. Januar 1935 als Vorstand der Westfalenhalle, A.-G., Dortmund, aus. Zum gleichen Zeitpunkt ist der Direktor des Verkehrs-, Wirtschafts- und Presseamtes der Stadt Dortmund, Dr. Schmidt, als neuer Vorstand unter Beibehaltung seiner bisherigen Aemter kommissarisch bestellt worden. Das bereits in die Wege geleitete Reit- und Fahrturnier im Frühjahr 1935 wird noch unter der Leitung von Generaldirektor Ohrtmann durchgeführt werden.

Da die Westfalenhalle und das Verkehrs- und Wirtschaftsamt der Stadt Dortmund für die Fremdenverkehrspflege und die Wirtschaftswerbung der Stadt Dortmund von großer Bedeutung sind, dürfte sich die jetzt geschaffene Personalunion besonders vorteilhaft auswirken. Auch die hierdurch erreichte Ersparnis war für die Entscheidung maßgebend.

Motorradfahrer überfährt Kind tödlich und flüchtet.

DNB **Herne,** 14. Dezember.

Auf der Rottbruchstraße wurde am Freitagnachmittag ein fünfjähriger Knabe von einem in sehr schnellem Tempo fahrenden Motorrad überfahren. Der Führer kümmerte sich nicht um das am Boden liegende Kind, sondern fuhr an rasendem Tempo davon. Das Kind starb im Krankenhaus an den erlittenen Verletzungen. Man ist dem rücksichtslosen Fahrer auf die Spur.

Eine grausame Stiefmutter.

:: **Siegen,** 13. Dezember.

Um seinen drei Kindern mütterliche Pflege zukommen zu lassen, hatte der Maurer H. M. aus Wunderthausen (Kreis Wittgenstein) nach dem Tode seiner Frau ein zweitesmal geheiratet. Die Stiefmutter brachte aber den Kindern das erhoffte mütterliche Gefühl nicht entgegen, besonders der fünfjährige Stiefsohn Heinrich wurde grausam von ihr mißhandelt. Dieserhalb hatte sie sich jetzt vor dem Schöffengericht in Siegen zu verantworten.

Die angeklagte, jetzt 32 Jahre alte Frau gab vor Gericht zu, den Jungen mit einem Riemen gezüchtigt zu haben, weil dieser sie getreten und beschimpft habe. Das Beweismaterial, das sich gegen sie erhob, war jedoch erdrückend. Anwohner des Hauses bezeugten, daß der Junge mit grausamen Schlägen traktiert worden war. Der Staatsanwalt beantragte gegen die unmenschliche Mutter neun Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf acht Monate Gefängnis.

Einstweilige Verfügung gegen Sonderzüge.

Eine umstrittene Werbewoche.

Wuppertal, 14. Dezember.

Zu einer Entscheidung besonderer Art hat der Streit um die Wuppertaler Weihnachts-Werbewoche zwischen dem Wuppertaler Verkehrverein und Kreisen des niederbergischen Einzelhandels geführt. Um die Abfahrt von Sonderzügen, die aus Anlaß der Wuppertaler Werbewoche u. a. vom niederbergischen Land nach Wuppertal eingelegt wurden, zu unterbinden, haben sich Kreise des niederbergischen Einzelhandels an das Gericht gewandt und sogar den Gerichtsvollzieher gegen die Abfahrt der Sonderzüge mobil zu machen versucht. Tatsächlich konnten auch die Einzelhändler des niederbergischen Landes eine einstweilige Verfügung vom Amtsgericht in Velbert erwirken, um die Abfahrt eines Sonderzuges von Velbert nach Wuppertal zu verhindern. Die Verfügung wurde jedoch gegen den am Dienstag nachmittag abfahrenden Sonderzug nicht mehr wirksam, weil sie noch die zuständigen Instanzen zu durchlaufen hatte. Der Zug zur Wuppertaler Weihnachtswoche konnte infolgedessen unbehelligt, wenn auch unter dem Protest der Einzelhändler, abfahren.

In einer Protestversammlung in Tönisheide bei Velbert, in der neben Vertretern des niederbergischen Einzelhandels auch Vertreter der Stadtverwaltungen Velbert, Wülfarth, Neviges u. a. teilnahmen, wurde nachdrücklich dagegen Front gemacht, daß der Wuppertaler Verkehrsverein das niederbergische Land mit Prospekten und Plakaten überschwemme, die durch ihre Aufmachung das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verletzen. Insbesondere wandte sich die Versammlung dagegen, daß der Wuppertaler Verkehrsverein Freikarten für eine Gesellschaftsfahrt nach Wuppertal an zahlreiche Privatpersonen im Niederbergischen versandt habe. Eine Stellungnahme der Reichsbahn zu dem Versuch, die Abfahrt von bestellten Sonderzügen mit Hilfe von Gerichtsbeschlüssen zu verhindern, war bis jetzt noch nicht zu erlangen.

Brandstifterinnen verhaftet.

Krefeld, 14. Dezember.

Die Ursachen einer Großbrandserie, die die Kreise Kempen-Krefeld und Geldern im September und Oktober dieses Jahres heimsuchte, konnten jetzt geklärt werden. Als Täterin in zwei Fällen wurde die 18jährige Hausgehilfin des Bauern Riekelen aus Vorst festgenommen. Die großen Scheunen des Hofes, der mit ungefähr 500 Jahren der älteste Erbhof des Krefelder Gebietes ist, brannten damals vollkommen aus. Nur mit Mühe konnte das Vieh geborgen werden. Einige Tage nach dem ersten Brande stand schon wieder ein Stall in Flammen. Das Mädchen, das nach dem Verlassen ihrer Stellung nach ihrer Heimat Willich zog, wurde dort vernommen und nach dem Geständnis festgenommen. Es wird angenommen, daß ihre Täterschaft als Brandstifterin auf einer krankhaften Veranlagung beruht. Es konnte noch nicht festgestellt werden, inwieweit sie mit den Bränden auf den benachbarten Höfen in Verbindung zu bringen ist, durch die ebenfalls ein ganz erheblicher Schaden angerichtet wurde. Durch das Geständnis des Mädchens kann das vermutete Motiv einer politischen Aktion wenigstens in diesen beiden Fällen als widerlegt gelten.

Konrad von Parzham zweiter Schirmherr des Diasporawerkes.

Sitzung des Generalvorstandes des Bonifatiusvereins.

Der Heilige der Freigebigkeit.

× **Paderborn,** 14. Dezember.

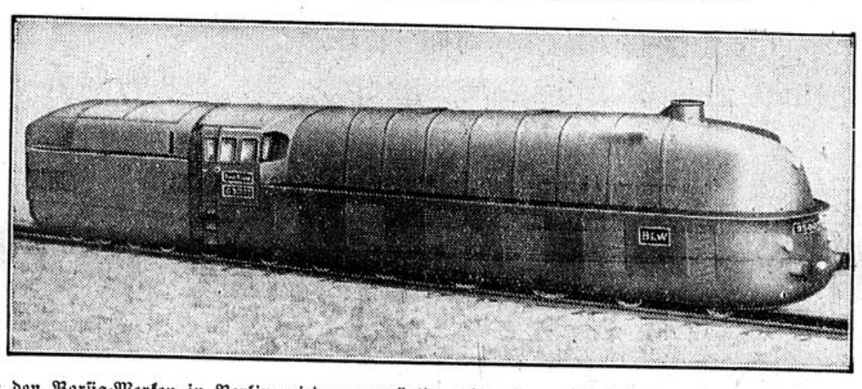
Der Generalvorstand des Bonifatiusvereins hatte am Mittwoch zu einer Sitzung nach Paderborn eingeladen. Präsident Geheimrat von Mallinckrodt konnte vor allem Erzbischof Dr. Caspar Klein, den Protektor des Bonifatiusvereins, und Generalvikar Gierse begrüßen, um dann die Arbeit eines verdienten Beamten die Bonifatiusvereins, des Rendanten und Bürovorstehers Georg Decker, zu würdigen, der 25 Jahre in treuapostolischer Gesinnung eine leitende Stellung mit ganzer Kraft ausgefüllt hatte.

Erzbischof Dr. Klein gab seiner Freude, in diesem Kreise weilen zu können, lebhaften Ausdruck und sprach in aufmunternden Ausführungen über die Arbeit des Bonifatiusvereins, dessen Tätigkeit dahin gehe, die Sorgen der Diasporabischöfe zu erleichtern, eine Tätigkeit, die dem lebendigen Glauben an Christus und seine Kirche, dem Verlangen, das Reich Jesu Christi in allen gefährdeten Gegenden zu erhalten und zu stärken, entspringe. Der Oberhirt gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Heilandswerk in der Zukunft ungestört erhalten bleibe für das christliche Leben in unserm deutschen Volke.

Die Erfüllung meines Wunsches, so fuhr der Oberhirt fort, dürfen wir um so eher hoffen, da wir seit einigen Tagen einen zweiten heiligen Fürsprecher am Throne Gottes für unsere Diasporahilfe erhalten haben. Der Generalvorstand des Bonifatiusvereins hat recht daran getan, daß er unsern neuen deutschen Heiligen, Bruder Konrad von Parzham, zum Conpatron des Bonifatiusvereins erwählt hat. Es steht fest, daß der hl. Bruder Konrad sowohl vor als auch nach seinem Eintritt in den Orden ein eifriger Förderer des Bonifatiusvereins gewesen ist. Es war seine Pflicht, vor seinem Eintritt in den Orden seine weltlichen Angelegenheiten zu regeln, und Bruder Konrad legte eine für die damalige Zeit nicht geringe Summe testamentarisch für den Bonifatiusverein fest. Nach Eintritt in das Kloster hat er jede Gelegenheit benutzt, um das Interesse für den Bonifatiusverein zu wecken, teils durch Sammlungen für die Zwecke des Bonifatiusvereins, teils aber auch durch aufmunternde Worte, selbst an die Armen, im Interesse des Bonifatiusvereins. Ich kann deshalb sehr gut verstehen, daß der Heilige Vater Papst Pius XI. bei der Heiligsprechung eine Parallele gezogen hat zwischen Bonifatius und Bruder Konrad. Beide sind beseelt von dem einen Geist der Liebe, auf beide paßt das Wort: Caritas urget nos, „Die Liebe drängt uns". Dann umriß der Oberhirt das Bild dieser beiden Großen der Kirche in ihrer Bedeutung für Deutschland. Die Kreuzesliebe des hl. Bonifatius und die Freigebigkeit des hl. Konrad müßten als schönste Ergänzungen zusammentreffen, und es liege nichts näher, als bei dieser Sitzung des Generalvorstandes den Vorsatz zu fassen, durch Schrift und Wort die Tugenden und Werke der hl. Patrone des Bonifatiusvereins zu preisen und draußen im Lande zu verkünden. Im Lichte des Weihnachtsfestes gewinne ja dieses Liebeswerk besondere Wärme. Es weiter zu fördern und gedeihen zu sehen in treuer Zusammenarbeit aller, sei seine Hoffnung und sein Wunsch für das kommende Jahr.

Erzbischof Caspar Klein dankte in seinen Schlußworten dem Jubilar Decker für seine Gewissenhaftigkeit und Treue durch 25 Jahre im Dienste des Bonifatiusvereins und betonte, er freue sich, dem Jubilar in Anerkennung seiner Verdienste als hohe Auszeichnung des Heiligen Vaters den Orden „Pro Ecclesiae et pontifice" überreichen zu können. Aus den bewegten Dankesworten des Jubilars sprach noch einmal das große Verantwortungsbewußtsein, der hingebende Einsatz, der dieses Lebenswerk bestimmte.

Neue Stromlinien-Lokomotive für 175 Stundenkilometer.



In den Borsig-Werken in Berlin wird gegenwärtig, wie wir gemeldet haben, eine neuartige Form von Schnellzug-Lokomotiven in Stromlinienform gebaut. Diese Maschinen sollen eine Geschwindigkeit von 175 Stundenkilometern erreichen. Das Bild zeigt das Modell einer solchen Stromlinien-Lokomotive. Eigenartig ist die fast ganz geschlossene Form, die kaum einen nennenswerten Luftwiderstand bietet.

Der „solide Herr Steinkrüger".

Ein gefährlicher Heiratsschwindler.

:: **Düsseldorf,** 14. Dezember.

Der am 13. April 1877 zu Sevinghausen, Kreis Gelsenkirchen, geborene Karl Udert ist hier wegen fortgesetzten Heiratsbetruges festgenommen worden. Es handelt sich um einen bereits 17mal, darunter sogar wegen Notzucht, vorbestraften Menschen, der sich an Mädchen verschiedenen Alters — meist Hausangestellte — auf der Straße heranmachte und durch wohlgesetzte Reden ihr Vertrauen zu erwecken wußte. Er gab sich meist als mittlerer Beamter der Stadtverwaltung oder der Regierung aus und nannte sich Walther Steinkrüger oder auch Walter Soer. In allen Fällen hat er daher auch seinen Opfern die Ehe versprochen. Um das Vertrauen der Mädchen zu ihm zu stärken, sprach er viel von ihrer Heimat und brachte es durch geschickte Fragenstellung fertig, die näheren Verhältnisse des Elternhauses genau zu erfahren. Bei einem der nächsten Zusammentreffen erzählte er dann den vertrauenden Mädchen, daß er bei ihren Eltern gewesen sei, sich dort vorgestellt und um die Heiratserlaubnis gefragt habe. Er hätte bei den Eltern einen sehr guten Eindruck gemacht. Leider habe er allerdings das Pech gehabt, bei seiner eiligen Abreise seine Brieftasche mit 400 RM. Inhalt in ihrem Elternhause vergessen zu haben. Er habe aber telegraphisch die Uebersendung der Brieftasche mit Inhalt an die Anschrift des Mädchens veranlaßt. Unter der Angabe, das Geld sofort dringend zu benötigen, veranlaßte er dann das Mädchen, ihm aus ihren Ersparnissen den Betrag „vorzustrecken". Nach Erhalt des Geldes verschwand er dann.

Bei Udert handelt es sich um einen der gefährlichsten Heiratsbetrüger, der diese Beschäftigung zu seinem Beruf gemacht hat. Er hat sich in mehreren Fällen Beträge von 5 bis 600 RM. ergaunert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß U. in Düsseldorf und Umgegend noch eine größere Anzahl von Mädchen betrogen hat.

Silbererzvorkommen in der Eifel.

Alte Gruben sollen in Betrieb genommen werden.

RWD **Köln,** 14. Dezember.

Vor etwa 50 bis 80 Jahren wurden im Vordereifel- und Ahrgebiet zahlreiche Erzvorkommen nutzbringend ausgebeutet. Es handelte sich hierbei in der Hauptsache um die Gewinnung von Kupfer-, Eisen- und Bleierz. Nach mehrjähriger Ausbeutungszeit kamen die Gruben allerdings zum Erliegen, weil das Interesse an ihrer Erhaltung durch die vereinfachte Beschaffung ausländischer Rohstoffe allmählich erlosch. Neuerdings sind, wie der Westdeutsche Handelsdienst berichtet, Bestrebungen im Gange, diese Gruben, soweit sie ausbeutungsfähig sind, bald wieder in Betrieb zu nehmen. Bei Schürfungen in der Gemarkung Wershofen ist man auf umfangreiche Silbererzadern gestoßen, die eine baldige Wiederinbetriebnahme der vor etwa 60 Jahren stillgelegten Gruben erwarten lassen. Auch die am Rande der Vulkaneifel zur Mosel hin liegenden Brauneisensteingebiete sollen auf Grund des Lagerstättengesetzes auf ihre Abbauwürdigkeit untersucht werden.

Greis im Bett überfallen.

Baesweiler, 14. Dezember.

In der Nacht zum Freitag drangen zwei Einbrecher durch das Hinterhaus in das Schlafzimmer des 70jährigen Viehhändlers Gerhard Gogarts in der Löffelstraße in Baesweiler ein, überfielen den alten Mann im Bett, fesselten und knebelten ihn und raubten das Zimmer aus. Nach etwa einstündiger Durchsuchung des Schlafzimmers entfernten sie sich unter Mitnahme eines Geldbetrags von 70 Mark, den Gogarts erst am Abend vorher eingenommen hatte. Die Polizei nahm sofort die Ermittlungen auf. Außer den Säcken im Hof und dem Taschentuch, mit dem man den Kopf des Ueberfallenen bedeckt hatte, ließen sich aber vorerst keine weiteren Spuren finden.

Eine entmenschte Gattin.

Zum Tode verurteilt.

RWD **Gießen,** 14. Dezember.

Das Oberhessische Schwurgericht verurteilte die 41 Jahre alte Ehefrau Karoline Ortwein aus Kaulstoß (Krs. Schotten) wegen Mordes an ihrem um 20 Jahre älteren Ehemann Otto Ortwein zum Tode.

Die Angeklagte, Mutter von acht Kindern, hatte sich nach mehreren Jahren eines glücklichen Ehelebens mit einem anderen Mann eingelassen, wodurch das Eheleben zerrüttet wurde. Es kam wegen des Lebenswandels der Frau häufig zu Streitigkeiten zwischen den Eheleuten und schließlich faßte die Frau den Entschluß, ihren Mann aus dem Wege zu schaffen. Anfang Juli d. Js., während der Mann krank im Bett lag, gab sie ihm zunächst Salzsäure ein. Als dadurch ihr Vorhaben nicht erreicht wurde, schlug sie dem Mann einige Tage später mit einem Hammer mehrmals heftig auf den Kopf und flößte ihm wiederum Salzsäure ein. Als auch das nichts half, drückte sie ihm schließlich die Kehle zu, sodaß der Tod eintrat.

In der Verhandlung, in der die Angeklagte einen völlig zusammengebrochenen Eindruck machte, legte sie ein Geständnis ab. Nach der Vernehmung von etwa 20 Zeugen beantragte der Staatsanwalt wegen Mordes die Todesstrafe, während der Verteidiger Tötung im Affekt und entsprechender Bestrafung vertrat. Nach einstündiger Beratung verkündete das Gericht die Todesstrafe.

*

v **Werdohl,** 14. Dez. **Ein erschütterndes Memento.** Ein bedauerlicher Unglücksfall forderte im Betriebe der Firma Rötelmann u. Co. ein blühendes, junges Menschenleben. Der Schlosser Pfeiffer wollte bei beginnender Dunkelheit den Fenstervorhang vor seinem Arbeitsplatz zuziehen. Hierbei kam er mit seiner Lampe in Berührung und erhielt einen elektrischen Schlag, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Anscheinend hatte die Lampe einen Defekt. Zwei schnell herbeigerufene Aerzte bemühten sich um den Verunglückten, aber alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Ein blühendes, junges Menschenleben war ausgelöscht. Der Verunglückte war erst kaum ein Jahr verheiratet. Aus Anlaß des Unglücksfalles wurde vom Betriebsführer ein Betriebsappell abgehalten und dem verunglückten Arbeitskameraden ein ehrender Nachruf gewidmet.

RWD **Essen,** 14. Dez. **Reiche Diebesbeute in einem Lebensmittelgeschäft.** In der vorletzten Nacht statteten Einbrecher einem Lebensmittelgeschäft in der Ruhrallee einen Besuch ab. Unter schwierigsten Umständen brachen sie aus einem Kellerfenster die Vergitterung aus der Mauer heraus, erbrachen mehrere Türen und gelangten so in den Verkaufsraum. Den Dieben fielen Lebensmittel aller Art im Gesamtwert von etwa 1000 Mark in die Hände. Für die Ermittlung der Täter und die Wiederbeschaffung des Diebesgutes ist eine Belohnung in Aussicht gestellt. Angabe erbittet jede Polizeidienststelle.

)!(**Duisburg,** 14. Dez. **Fast unglaublich** klingt es, wenn man hört, daß ein Kind aus dem dritten Stockwerk stürzt und dabei unverletzt bleibt. Das drei Jahre alte Kind einer in der Steinbrückstraße wohnenden Familie stürzte in einem unbewachten Augenblick aus dem im dritten Stockwerk befindlichen Küchenfenster auf den Hof. Entsetzt trug die Mutter ihr Kind auf den Armen ins Haus, aber wie groß war ihr Erstaunen und ihre Freude als das Kind gleich darauf munter, als sei nichts geschehen, im Zimmer umhersprang. Außer einer geringfügigen Verletzung im Gesicht konnte auch der Arzt keinen Schaden an dem Kind entdecken.

Hoflieferanten schenken ein Schloß.

Vorbereitungen zum Regierungsjubiläum des englischen Königs.

£ **London,** im Dezember.

Im nächsten Jahre wird England das Jubiläum der fünfundzwanzigjährigen Regierung König Georgs feiern. Das gesamte Empire wird das silberne Jubiläum mit großem Pomp und Jubel begehen; es wird alles geschehen, um die Feier zu einer einzigartigen Kundgebung der Anhänglichkeit an das Königshaus zu gestalten. Welcher Ueberschwänglichkeit der sonst so nüchterne Engländer bei solchen Gelegenheiten fähig ist, hat die staunende Umwelt kürzlich bei der Hochzeit des Herzogs von Kent erfahren.

In aller Stille werden allenthalben schon Vorbereitungen für das große Fest getroffen. So erfährt man soeben, daß der König sich mit dem Vorschlag der „Royal Warrant Holders" einverstanden erklärt hat, die ihm ein Jubiläumsgeschenk machen wollen, das eines Königs wahrhaftig würdig ist. Die englischen Warrant Holders nehmen etwa die Stelle der ehemaligen deutschen „Hoflieferanten" ein. Ihre Ernennung, die als eine große Auszeichnung gilt, wird vom König persönlich vorgenommen. Zurzeit gibt es in England etwas 1500 „Warrant Holders", die sich in einem Verband zusammengeschlossen haben und streng darüber wachen, daß sich jedes Mitglied der ihm zuteil gewordenen Erhöhung würdig zeigt.

Dieser Verband der Hoflieferanten hat nun beschlossen, dem König ein Schloß zu erbauen und bezugsfertig einzurichten, das für alle Zeiten als ein Vorbild englischer Bau- und Ausstattungskunst gelten soll. „Der Kostenpunkt darf keine Rolle spielen", erklärte Sir Duncan Watson, der Vorsitzende des Verbandes, „alles muß von der besten Konstruktion und Ausführung, von wirklich allererster Qualität sein". Die besten Architekten Englands sind aufgefordert worden, Entwürfe für das Gebäude einzureichen. Selbstverständlich wird der König selbst die Entscheidung über die Annahme eines der Vorschläge entscheiden; alles soll bis in die letzte Kleinigkeit nach seinen Wünschen ausgeführt werden. Als Berater des Königs wird der Präsident des Königlichen Instituts der Britischen Architekten, Sir Giles Gilbert Scott, fungieren.

Es versteht sich von selbst, daß nur das wertvollste Baumaterial Verwendung finden wird. Die edelsten Hölzer des Empire werden für Türen, Fußböden und Wandverkleidungen herbeigeschafft werden, die Möbel werden Kunstwerke aus den ersten Werkstätten Englands sein. Um eine Störung der Arbeiten durch die Neugier des Publikums zu vermeiden — der Grundstein soll am Neujahrstag gelegt werden. — wird der Ort, an dem sich das königliche Märchenschloß erheben wird, solange als möglich geheimgehalten. Es wurde nur mitgeteilt, daß einer der Peers des Königreiches den Baugrund ganz in der Nähe von London zur Verfügung gestellt hat. Der Ort befinde sich in einer reizvollen landschaftlichen Umgebung und es sei Sorge dafür getragen, daß die Aussicht nicht durch spätere Bauten gestört werden könne.

Das Schloß soll vorwiegend dazu dienen, Gäste des Königshauses, die der König besonders auszuzeichnen wünscht, zu beherbergen.

Aus Münster und dem Münsterland.

General Daluège in Münster.

ǂ **Münster**, 14. Dezember.

Am Freitag morgen traf der Befehlshaber der deutschen Polizei, General der Landespolizei Daluege, von Recklinghausen und Buer kommend, mit dem Kommandeur der Landespolizeiinspektion West, General der Landespolizei Baltzer, in Münster ein. Begleitet wurde der Befehlshaber von seinem Adjutanten, Hauptmann der Landespolizei Schlange, während sich in Begleitung des Generals Baltzer einige Herren seines Stabes befanden.

Im Anschluß an die etwa zweistündige Besichtigung der Landespolizeischule verteilte der Befehlshaber an Offiziere, Wachtmeister, Angestellte und Arbeiter der Landespolizeischule Ehrenkreuze des Weltkrieges und verließ sodann die Landespolizeikaserne, um den in Münster befindlichen Spitzen der Wehrmacht, Behörden und Parteidienststellen Besuche abzustatten.

Für den Abend ist in den Räumen des Kasinos der Landespolizeischule ein vom Kommandeur der Landespolizeiinspektion West, General der Landespolizei Baltzer, und dem Offizierkorps der Landespolizeischule veranstaltetes einfaches Abendessen vorgesehen, an dem außer dem Befehlshaber, General der Landespolizei Daluege, für den verhinderten Befehlshaber des Wehrkreises VI Generalmajor Glokke, Oberpräsident Freiherr von Lüninck, Regierungspräsident Klemm, Landeshauptmann Kolbow, Oberst der Landespolizei Dr. Beyer, Oberst Mummenthey, Gruppenführer und Polizeipräsident Schramme, Oberbürgermeister Hillebrand, SS-Standartenführer von Humann-Heinhofen, Arbeitsgauführer Zimmermann und andere Vertreter von Staat und Bewegung teilnehmen werden.

Am Samstag wird der Befehlshaber, General der Landespolizei Daluege, zur Fortsetzung seiner Besichtigungsreise nach Hamm und Iserlohn fahren.

Für 62850 RM. Weihnachtsmänner, Engel und Tannenbäume verkauft.

=NSG= Das Ergebnis der Holzabzeichensammlung im Gau Westfalen-Nord am 2. Dezember kann als erfreulich bezeichnet werden. Insgesamt sind rund 62 850 Rm. aufgebracht worden. Die Gesamtzahl der verkauften Abzeichen beträgt rund 314 000 Stück. Allen Sammlern, die sich mit ihrer ganzen Person für den Verkauf einsetzten, und allen Spendern, die durch ihre Gaben die Abzeichen erstanden haben, spricht die Gauführung des WHW im Namen aller betreuten Volksgenossen ihren Dank aus.

An Geldern kamen aus dieser Sammlung in den Kreisen des Münsterlandes auf:

Ahaus 1 098,80 Rm., Beckum 2 800,00 Rm., Bocholt und Borken 2 404,60 Rm., Coesfeld 1 451,53 Rm., Lüdinghausen 2 047,51 Rm., Münster-Land 1 500,00 Rm., Münster-Stadt 3 744,92 Rm., Recklinghausen-Land 3 500,00 Rm., Recklinghausen-Stadt 1 684,20 Rm., Steinfurt 1 546,65 Reichsmark, Tecklenburg 1 234,50 Rm.

Jahreshauptversammlung des Westfälischen Altertumsvereins.

Δ **Münster**, 14. Dezember.

Im großen Saal des ehemaligen Schmisinger Hofes trat der Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens zu seiner Jahreshauptversammlung zusammen. Dr. Theodor Rensing gab als Schriftführer den sich auf zwei Vereinsjahre erstreckenden Jahresbericht. Er gedachte dabei des Rücktritts des früheren Oberpräsidenten Dr. Wuermeling von seinem Amte als Vereinskurator, das er 14 Jahre verwaltet hat, und der Uebernahme dieses Amtes durch den jetzigen Oberpräsidenten, Ferdinand Freiherrn von Lüninck; das Amt des Kurators hat seit den Tagen Vinckes in den Händen des Oberpräsidenten gelegen. Im Einvernehmen mit dem Vereinsdirektor, Univ.-Prof. Dr. Eitel, ernannte der Kurator im Februar zu Mitgliedern des neu geschaffenen Beirats: Gaukulturwart Bartel, Prof. Dr. Geisberg, Staatsarchivdirektor Dr. Meyer, Univ.-Prof. Dr. Wätjen. Die Mitgliederzahl hat sich erfreulich entwickelt. Sie ist in den beiden letzten Jahren von 546 (Ende des Geschäftsjahres 1931/32) auf 593 gestiegen und setzt sich zusammen aus 9 Ehrenmitgliedern, 3 Korrespondierenden Mitgliedern, 295 Mitgliedern in Münster, 236 auswärtigen Mitgliedern und 50 körperschaftlichen Mitgliedern. Im neuen Vereinsjahr hat die Mitgliederzahl zum ersten Male die 600 überschritten, sie beträgt jetzt 602. Landesfinanzamtspräsident i. R. Geh.-Rat Dr. Schmedding berichtete über die Rechnungsrevision, die das gute finanzielle Rückgrat des Vereins beweist. Der Vereinsdirektor, Prof. Dr. Eitel, kündigte dann die Aufwendung von 2 000 Rm. für die im Landesmuseum aufbewahrte Vereinsbibliothek an, dankte dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler dafür, daß er die Grundlage und Vorbedingungen zu gedeihlicher Arbeit des Vereins geschaffen habe, und allen, die um das Gedeihen des Vereins bemüht gewesen sind. Auf seine Anregung hin wurde eine Tellersammlung für das Winterhilfswerk veranstaltet. Dann wurden die vom Vereinsschatzmeister, Landesverwaltungsrat Dr. Baumeister, vorgetragenen Satzungen, die den Verhältnissen angepaßt wurden, zur Kenntnis genommen und gutgeheißen. —

Wir fordern für die Armen:

Nicht nur Eintopfspende, sondern wirklich Eintopfessen!

Nach Schluß der Hauptversammlung sprach die Archivdirektorin Dr. Luise v. Winterfeld (Dortmund) vor einer außerordentlich starken Zuhörerschaft über „Westfälisches Kaufmannswesen zur Zeit der Hanse", und der Vereinsdirektor schloß die Versammlung mit einer eindrucksvollen Kundgebung für die deutsche Saar.

Vier Jahre Zuchthaus und 344000 RM. Geldstrafe beantragt.

ǂ **Münster**, 14. Dezember.

Wir berichteten bereits über den großen Devisenstrafprozeß gegen verschiedene jüdische Pferdehändler. Der Hauptangeklagte, ein ehemals deutscher, jetzt holländischer Pferdehändler, führt den Namen Gundelfinger. Gundelfinger hatte trotz der zahlreichen Bestimmungen der Devisenordnung Lücken gefunden, durch die er zu schlüpfen versuchte. Gundelfingers Interesse richtete sich hauptsächlich auf den Export holländischer Pferde nach Deutschland. Durch die Devisenbestimmungen war ihm die Möglichkeit genommen, sein sehr großes Geschäft auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Es setzte darum alles daran, die Devisenbestimmungen zu umgehen und sich die Gewinne aus diesem Geschäft zu sichern. Wie ihm im einzelnen die Verletzungen der Devisenordnungen nachgewiesen werden konnten, ergibt sich aus dem nachfolgenden Strafantrag des Staatsanwaltes, der gleichzeitig auch die Vergehen seiner Mitangeklagten aufzählt:

Der Angeklagte Gundelfinger ist, wie der Staatsanwalt ausführte, der neue Typ des Devisenschiebers. Er will sein Importgeschäft mit Deutschland weiterbetreiben und auf Kosten der Allgemeinheit seine Gewinne aus diesem Geschäft ziehen. Eigennutz steht bei ihm obenan. Die Summe der Gelder, die mit Gundelfinger über die Grenze gewandert sein sollen, bezifferte der Staatsanwalt auf 370000 Mark für einen Zeitraum von zwei Jahren. Er beantragte schließlich für den Angeklagten Gundelfinger eine Strafe von drei Jahren Zuchthaus und eine Geldstrafe von 344000 Mark. Für die Geldstrafe soll, falls sie nicht bezahlt wird, ein Jahr Zuchthaus treten. Weiter beantragte der Staatsanwalt, dem Angeklagten die Berufsausübung auf die Dauer von 5 Jahren zu untersagen. Das in Deutschland beschlagnahmte Vermögen Gundelfingers soll der Einziehung verfallen. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete weiter gegen die Mitangeklagten: bei Re. auf drei Monate Gefängnis und 5 000 Mark Geldstrafe, bei Nathan auf 5 Monate und drei Wochen Gefängnis und 5500 Mark Geldstrafe, bei Kahn auf 8 Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe, bei Levy auf 4 Monate und zwei Wochen Gefängnis und 11 000 Mark Geldstrafe, bei Tröhner auf 6 Monate Gefängnis und 5500 Mark Geldstrafe, bei Löwenthal auf 6 Monate Gefängnis und 3500 Mark Geldstrafe. Die Mitangeklagten hatten sich der Beihilfe zu den Vergehen des Hauptangeklagten Gundelfinger schuldig gemacht.

*

× **Münster**, 14 Dez. **Caritasdirektor Schlüsener-Recklinghausen verläßt die Diözese Münster.** Caritasdirektor Otto Schlüsener in Recklinghausen wird Anfang nächsten Jahres aus der Diözese Münster ausscheiden. Er folgt einem Ruf auf die verantwortungsvolle Stelle des geistlichen Direktors bei der Kongregation der "Schwestern von der hl. Katharina, die ihr Mutterhaus in Braunsberg (Ostpr.) hat. Diese Kongregation, die im vergangenen Jahre auf 350 Jahre eifrigen Wirkens, besonders in der Krankenfürsorge, zurückblicken konnte, ist außer in der Diözese Ermland, wo sie fast in jedem Orte eine Niederlassung hat, in Litauen, Berlin und in Südamerika tätig. Caritasdirektor Schlüsener, der 1889 geboren wurde und 1913 die hl. Priesterweihe empfing, ist durch seine unermüdliche caritative Tätigkeit weit über die Heimatdiözese hinaus bekannt geworden, wofür der an ihn ergangene ehrenvolle Ruf ein eindeutiger Beweis ist. Ihn begleiten die besten Wünsche.

ǂ **Münster**, 14. Dez. **Schwurgerichtssitzung.** Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langes tagte das Schwurgericht in Münster unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Es wurde gegen den 52jährigen Ludwig Ka. aus Herringen wegen gewerbsmäßiger Abtreibung verhandelt. Am Schluß der Verhandlung sprach das Schwurgericht das Urteil, nämlich ein Jahr und neun Monate Gefängnis.

ǂ **Münster**, 14. Dez. **Unfälle.** Auf der Warendorfer Straße stieß ein Radfahrer, der aus einer Nebenstraße einbog, in voller Fahrt auf ein Motorrad. Er trug nur geringe Verletzungen davon. Allerdings war sein Rad in Trümmer gegangen. — An der Lotharingerstraße stürzte ein neunjähriger Knabe aus dem Fenster. Mit einem Beinbruch mußte er ins Krankenhaus gebracht werden.

ǂ **Münster**, 14. Dez. **Warnung vor einem Scheckbetrüger.** Die Polizei warnt vor einem Scheckbetrüger mit Namen Fritz Stratmann aus Essen-Borbeck, der sich zur Zeit in Rheinland und Westfalen aufhält. Er tätigt große Wareneinkäufe und gibt ungedeckte Schecks auf die Ibbenbürener Volksbank in Zahlung. Stratmann ist im Besitz eines Scheckheftes mit den Scheknummern 39 641—39 650.

□ **Ladbergen**, 14. Dez. **Im Kanal ertrunken.** Bei den Arbeiten der zweiten Fahrt des Kanals befanden sich drei Arbeiter auf einem Floß, mit dem sie den Kanal überquerten. Dabei kippte das Floß um. Von den drei Arbeitern konnten zwei schwimmend das Ufer erreichen, während einer, der Maurer Heinrich Stock, nach drei Stunden nur noch als Leiche geborgen werden konnte.

Der Kampf um die neue Wirtschaftsform.

Durch starke Binnenwirtschaft zur Handelsfreiheit. / Der Boden ist die Grundlage neuer Wirtschaftsgestaltung. / Die „Erzeugungsschlacht" der erste Schritt zur Verwirklichung.

fr. **Münster**, 14. Dezember.

Seit Tagen springt uns aus jeder Tageszeitung und jeder Fachschrift in großen Lettern das Wort „Erzeugungsschlacht" entgegen. Eine Versammlungslawine rollt über das Land, der ganze wunderbar eingespielte Propagandaapparat der Bewegung ist in Gang gesetzt, jeden Einzelnen zu erfassen. Jedem Einzelnen lebendig und überzeugend vor Augen zu stellen, was sie will, diese Erzeugungsschlacht, um was es in ihr geht. Das Ziel ist hoch und groß. Es ist des Einsatzes aller Mittel wert. Es geht um nichts anderes als um

die Schaffung einer neuen Wirtschaftsform, um die Befreiung der deutschen Wirtschaft aus den Fesseln einer nicht mehr gültigen Denkweise,

es geht darum, wieder als freier Mann auf dem Welthandelsmarkt auftreten zu können, es geht letztlich um die völlige Umgestaltung nicht nur unseres wirtschaftlichen Geschehens, sondern auch unseres wirtschaftlichen Denkens.

Gerade darin beweist sich der Nationalsozialismus, daß er, wie wir täglich erleben können, alle Gebiete menschlichen Lebens erfaßt und umgestaltet. Auch die Wirtschaft, von vielen immer noch als unantastbares, sich selbst Gesetz und Form gebendes Eigenwesen angesehen, wird in diese „Umwertung aller Werte" einbezogen. Die Wirtschaft der vergangenen Epoche hatte sich unmerklich unter der Anwendung der liberalistischen wirtschaftlichen Spielregel von ihrem eigenen ursprünglichen Sinn und Zweck gelöst und war zum reinen Handel geworden. „Ich kaufe dort, wo billigst produziert und verkaufe dort, wo teuerst konsumiert wird", das war Grund- und Leitsatz geworden. Nicht der Bedarf war die bewegende Kraft wirtschaftlichen Geschehens, sondern die Wirtschaft weckte durch Produktion künstlichen Bedarf, um neue Handelsmöglichkeiten zu eröffnen. Widersinniger kann ein Ding nicht in sein Gegenteil verkehrt werden. Und es war nur zu natürlich und zwangsläufig, daß eine derartig unorganische, nur auf dem „freien" Spiel der individualen, oft rücksichtslosen und brutalen Kräfte beruhende Wirtschaft zusammenbrechen mußte, wenn gewaltsame Ereignisse, wie der Weltkrieg, das Widersinnige zum Aeußersten zerrte. Der Weltkrieg zerstörte die übernationalen Wirtschaftsräume und zwang die kriegführenden Nationen, zum nationalen Wirtschaftsraum zurückzukehren. Dieser Uebergang zur Eigenwirtschaft brachte folgerichtig nach Beendigung des Weltkrieges die totale Störung und Krise der Weltwirtschaft, da man versuchte, die alte Wirtschaftsform wieder zu neuem Leben zu entfalten. Und diese Wirtschaftskrise, die ja nichts anderes ist als die Anwendung bestimmter Wirtschaftsformen auf ein ganz anders geartetes Wirtschaftsleben, dauert auch heute noch an.

Deutschland, und gerade das neue Deutschland, hat unter diesem Wirrwarr am stärksten zu leiden.

Man wollte uns zwingen, unsere eigenen Kräfte und Schätze ungehoben liegen zu lassen, um uns mit eingeführten Lebensmitteln, Rohstoffen und Materialien die Gesetze unseres wirtschaftlichen und damit politischen Handelns vorschreiben zu können.

Die politische Knebelung, die im Versailler Vertrag verankert ist, sollte durch die Unsinnigkeit der unproduktiven Tributzahlung und der damit verbundenen völligen Zerstörung der deutschen Handels- und Wirtschaftsfreiheit, in eine dauernde wirtschaftliche Knebelung und Bevormundung übergeleitet werden. Mit dem politischen Erwachen und der völkischen und nationalen Neuerstarkung des deutschen Volkes aber muß und wird auch der politischen Befreiung die wirtschaftliche gleichlaufen müssen. Das will besagen, daß wir von uns aus, aus unseren eigenen Mitteln die Kräfte wiedergewinnen müssen, die uns ein Auftreten als wirtschaftlich freier und unabhängiger Mann auf dem Weltmarkt ermöglichen.

Wir müssen heraus aus der Notwendigkeit und dem unnatürlichen Zwang, nur leben zu können, wenn andere uns helfen.

Wir müssen dahin kommen, daß wir sagen können: „Was wir notwendig zum Leben brauchen, haben wir. Wir sind nicht auf andere angewiesen. Was wir aber zur Ergänzung dieses Notwendigen und zur Bereicherung unseres Lebens brauchen, das wollen wir von euch kaufen, wenn ihr dafür das und das, was wir übrig haben, von uns kauft." Das ist die neue Position, die es zu gewinnen gilt. Und haben wir sie erreicht, dann haben wir wieder selbst die Zügel in der Hand, dann geben wir uns selbst wieder die Gesetze unseres Handelns, dann haben wir die uns jetzt noch fehlende Freiheit des Außenhandels wiedererlangt.

Aber wie kommen wir dahin? Fragen wir, warum wir unfrei und abhängig sind, dann liegt der Weg, den wir gehen müssen, offen vor uns. Wir sind nicht frei, weil wir in unserer Lebensführung zu sehr noch abhängig sind von anderen Wirtschaftsländern. Noch vor einigen Jahren führten wir für rund vier Milliarden Reichsmark an Lebensmitteln und Rohstoffen für Lebensmittel ein. Dadurch natürlich konnte es sein, daß ausländische Faktoren uns in unserem eigenen Lande den Brotpreis festsetzten und uns zwangen, so und soviel für diese oder jene Ware zahlen zu müssen. Daß bei derartig gelagerten Verhältnissen die gesamte Eigenerzeugung an Lebensmitteln sich diesen von außen vorgeschriebenen Gesetzen anpassen mußte, ist nur zu erklärlich. Derjenige Bauer schnitt am besten bei diesem Wettrennen um den Absatzmarkt ab, der richtig „spekuliert" hatte.

Will man aber im neuen Deutschland aus dieser Zwangslage der nicht mehr gültigen und erst recht nicht mehr für ein nationalsozialistisches Deutschland berechtigten Wirtschaftsgebarung herauskommen, so mußte durch eine organisch ineinander greifende Gesetzgebung die eigene Produktion an Lebensmitteln und ihre Verteilung auf dem Markt und an die Verbraucher geregelt werden.

Zur Grundlage der neuen Wirtschaftsform, die von einer starken und gefestigten Binnenwirtschaft ausgeht, wurde der Bauer und sein Boden gemacht. Erbhofgesetz, Reichsnährstandgesetz und Marktgesetzgebung sicherten dem Bauern eine ruhige und ausgeglichene Bewirtschaftung seines Bodens. Er brauchte nicht mehr zu „spekulieren", die Festpreise, die Vorratswirtschaft und Lagerung sorgten für seine materielle Sicherung und eine ausgleichende Verteilung der erzeugten Produktion. Dadurch überhaupt war es möglich, daß seit den Tagen der nationalsozialistischen Revolution die deutsche Wirtschaft lebensfähig geblieben ist.

Nur noch 29 Tage bis zur Saarabstimmung.

Dem Druck von außen wurde die Solidarität im Innern entgegengesetzt.

Und in dem, was wir heute die „Erzeugungsschlacht" nennen, soll und wird diese Besinnung auf die eigene Kraft gefördert und bewußt an die Spitze aller Bestrebungen gestellt. Diese Schlacht wird geschlagen im Kampfe mit dem deutschen Boden, bis er bezwungen ist und das Letzte herausgibt, bis er uns dienstbar geworden ist und uns die Freiheit unserer eigenen Ernährung gewährleistet. Durch vernünftige und umsichtige Ausnutzung des Bodens, durch Wiederaufgreifen alter Kulturen, durch planmäßige Aufteilung der Acker- und Grünlandwirtschaft und damit der Viehhaltung soll erreicht werden, daß wir das Notwendigste des Lebens aus eigenem Bedarfe erstellen können. Das Zusätzliche dann werden wir gegen Abnahme unserer Reichtümer kaufen können. Denn dann haben wir die Freiheit des Handelns wiedergefunden, denn dann sind wir nicht mehr im Notwendigsten auf die Hilfe anderer angewiesen.

Was wir kaufen, wollen wir, müssen wir nicht kaufen.

Damit aber tritt das neue Deutschland mit einer neuen, auf dem nationalen Lebens- und Volksraum aufgebauten Wirtschaftsform vor die Welt, die nicht mehr und nicht weniger ist als die Ueberwindung einer toten, nur noch durch Interessen Einzelner künstlich aufrecht erhaltenen liberalistischen Wirtschaftsgebarung und -gesinnung.

Ausscheidungskämpfe für die Olympiakernmannschaft.

Münster, 15. Dezember.

Heute beginnen im großen Saale des Schützenhofes zu Münster die ersten Ausscheidungskämpfe im Gau IX zur Ermittlung der westfälischen Olympiakernmannschaft. Westfalens beste Boxer stellen sich hier zum Kampf und unterziehen sich einer schweren Prüfung. Es ist zu hoffen, daß der westfälische Gau bei seiner bekannten Kampfstärke so wie bei der letzten Olympiade auch 1936 einige Vertreter stellen wird. Die Kämpfe werden bis zur Entscheidung durchgeführt, da in jedem Falle ein Sieger verkündet werden muß. Es ist daher nur erstklassiger Sport zu erwarten, da jeder Boxer bemüht sein wird, sich für die weiteren Kämpfe zu qualifizieren. Folgende 11 Kämpfer treten auf den Plan:

Fliegengewicht: Brajuhn, Herford — Lehrke, Bochum; Bantamgew.: Draber, Recklingh. — Meier, Herford; Leichtgew.: Andreiseak, Recklingh. — Liedert, Gladbeck; Mittelgew.: Reiter, Gronau — Koppers, Polizei Münster; Bantamgew.: Hoppe, Gronau — Wiedemann, Dortmund; Federgew.: Burger, Münster — Werner, Ahlen; Halbschwergew.: Bork, Gronau — Kyfus, Polizei Münster; Mittelgew.: Weitzmann 2, Münster — Kalina, Dortmund; Weltergew.: Weitzmann 1, Münster — Fischer, Gronau; Schwergew.: Hönnemann, Münster — Schnarre, Recklingh.; Mittelgew.: Amelung, Münster — Weinrich, Polizei Münster.



Ständige Gewerbeschau
Dietrich-Eckart-Straße 2, am Hauptbahnhof
Geöffnet auch Sonntags 11—19 Uhr.
Besichtigung kostenlos.
6026